

# FBP zeigt der AHV die kalte Schulter

**Dass die AHV ab 2018 ohne Staatsbeitrag und damit ab sofort ohne Planungssicherheit da steht, findet die FBP nicht dramatisch. Es gebe keine Veranlassung, mit der VU hierzu ein eigenes Gespräch zu führen, sagt FBP-Präsident Batliner.**

Von Günther Fritz

*Vaduz.* – VU-Parteipräsident Jakob Büchel hat am Montag FBP-Parteipräsident Alexander Batliner ein Schreiben zukommen lassen, in welchem er zu einem Gespräch über den jüngsten Landtagsbeschluss, dass die AHV ab 1.1.2018 keinen Staatsbeitrag mehr erhält, einlädt.

## **VU in grosser Sorge um die AHV**

Damit ist aus der Sicht des Präsidiums der VU die Planungssicherheit für die AHV nicht mehr gegeben. «Die VU als soziale Partei macht sich deshalb Sorgen, wie die Planbarkeit für die AHV wieder erreicht werden kann respektive welche Konsequenzen ein Ausbleiben des Staatsbeitrages in den Leistungen der AHV haben wird», heisst es im Brief des VU-Präsidenten Jakob Büchel an die FBP.

## **Für FBP eigener Termin nicht nötig**

Das Anliegen des VU-Präsidiums, mit der FBP zur Wiederherstellung der Planbarkeit für die AHV dringend ins Gespräch zu kommen, hat FBP-Präsident Alexander Batliner gestern abschlägig quittiert. Im Gegensatz zur VU sieht er hier keine Dringlichkeit. In seinem Schreiben an VU-Präsident Jakob Büchel, das die FBP auch an die Medien sandte, sagt Batliner: «Die FBP ist gerne bereit, mit der Vaterländischen Union ein Gespräch in dieser Angelegenheit zu führen. Ich sehe jedoch keine Veranlassung, hierfür einen eigenen Gesprächstermin zu fixieren, zumal Regierungschef Dr.

Klaus Tschüscher brieflich mitgeteilt hat, dass er im November den Koalitionsausschuss einzuberufen gedenkt.» Gemäss Koalitionsvertrag sei jede Partei berechtigt, Traktanden für die Sitzung des Koalitionsausschusses zu beantragen. Wenn der VU dieser Beschluss des Landtags von solcher Wichtigkeit sei, bleibe es der VU vorbehalten, beim Regierungschef die Traktandierung dieses Themas für den nächsten Koalitionsausschuss zu beantragen.

## **FBP will Tragweite nicht sehen**

«Es ist schade, dass Alexander Batliner angeblich die Tragweite des AHV-Beschlusses nicht sieht oder sehen will», erklärt VU-Fraktions Sprecher Peter Hilti zu dieser Haltung der FBP. Natürlich könne jedes Thema im Koalitionsausschuss diskutiert werden. «Das ist unsere Abmachung und an die halten wir uns natürlich», sagt Peter Hilti. Persönlich hätte er sich allerdings gewünscht, «dass auch die FBP die Wichtigkeit des Themas erkennt und in unbürokratischer Weise das Gesprächsangebot annimmt».

## **Landtagsentscheide akzeptieren**

In seinem Schreiben an die VU führt FBP-Präsident Alexander Batliner weiter aus: «Darüber hinaus bin ich der Ansicht, dass demokratisch gefällte Entscheide des Landtages zu akzeptieren sind.» Wenn die Parteien nun versuchen würden, die für die Regierung unliebsamen Beschlüsse des Landtages abzuändern, würden zum einen die Entscheidungskompetenzen des Landtags und zum anderen die Entscheidungsbefugnisse der Abgeordneten, die ihrem Wissen und Gewissen verpflichtet seien, infrage gestellt und gemindert.

## **Revision der Revision möglich**

«Durch den Umstand, dass der Antrag für alle – auf jeden Fall die meisten – Abgeordneten unvorbereitet vom



**FBP sieht Notwendigkeit eines dringenden Gesprächs nicht:** VU-Fraktions Sprecher Peter Hilti (l.) findet es schade, dass FBP-Präsident Alexander Batliner (r.) angeblich die Tragweite des AHV-Beschlusses nicht sieht oder sehen will.

Bilder Elma Korac

FBP-Abgeordneten Manfred Batliner kam, bin ich nicht sicher, ob wirklich allen die Tragweite des Beschlusses bis ins letzte Detail bewusst war», sagt VU-Fraktions Sprecher Peter Hilti im Gespräch mit dem «Vaterland». Peter Hilti könnte sich vorstellen, «dass die grundsätzliche Idee, den politischen Druck aufrechtzuerhalten, positiv aufgenommen wurde und deshalb viele zugestimmt haben». Wenn eine Mehrheit des Landtags den Entscheid wieder abändern möchte, sei das jederzeit durch verschiedene Varianten möglich.

## **Planungssicherheit zurückgeben**

Das oberste Ziel der VU ist es nach den Ausführungen von Fraktions Sprecher Peter Hilti auf jeden Fall, der AHV wieder die notwendige Planungssicherheit und Planungsperspektive zurückzugeben. «Hierzu suchen wir nach wie vor das Gespräch

mit unserem Koalitionspartner.» Wie das «Vaterland» in den letzten Tagen mehrfach berichtete, schlug die Regierung vor, dass sich der Staatsbeitrag im Jahr 2015 auf 50 Millionen Franken beläuft. Ab dem Jahr 2016 soll er dem der Teuerung angepassten Grundbetrag des Vorjahres sowie einem Zusatzbeitrag von 2 Millionen Franken entsprechen.

Im Rahmen der zweiten Lesung stellte der FBP-Abgeordnete Manfred Batliner am vergangenen Donnerstag den Änderungsantrag, dass diese von der Regierung vorgeschlagene Neuregelung nur für die Jahre 2015 bis 2017 gelten soll. Das VU-Präsidium hat am Montag mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass der entsprechende Antrag aus der FBP-Fraktion mit 13 Stimmen angenommen wurde. Aus Sicht des VU-Präsidiums ist dieser Entscheid nicht nachvollziehbar.